

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1907

157 (10.7.1907) Zweites Blatt

Der Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage. — Abonnementspreis: ins Haus durch Träger zugestellt, monatlich 70 Pfg., vierteljährlich M. 2.10. In der Expedition und den Abgaben abgeholt, monatlich 60 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt M. 2.10, durch den Briefträger ins Haus gebracht M. 2.50 vierteljährlich.

Redaktion und Expedition: Postfach 24. Telefon: Nr. 128. — Postzeitungsliste: Nr. 8144. Sprechtstunden der Redaktion: 12—1 Uhr mittags. Redaktionschluss: 1/10 Uhr vormittags.

Inzerate: die einseitige, kleine Zeile, oder deren Raum 20 Pfg. Lokal-Inzerate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. — Schluss der Annahme von Inzeraten für nächste Nummer vormittags 1/2 9 Uhr. Größere Inzerate müssen tags zuvor, spätestens 3 Uhr nachmittags, aufgegeben sein. — Geschäftsstunden der Expedition: vormittags 1/2 8—1 Uhr und nachmittags von 2—1/2 7 Uhr.

Nr. 157. Zweites Blatt. Karlsruhe, Mittwoch den 10. Juli 1907. 27. Jahrgang.

Aus der Partei.

Konferenz der Jugendorganisationen von Baden und Württemberg.

(Schluß.)
Vor Eintritt in die Weiterberatung wird ein Antrag auf Beschränkung der Redezeit auf 5 Minuten angenommen. Der Vorsitzende gibt bekannt, daß folgende Orte vertreten sind: Kalen, Wirtensfeld, Brödingen, Neerloch, Ebingen, Ehlingen, Feuerbach, Freiburg, Heilbronn, Heidelberg, Hirsingen, Karlsruhe, Königswald, Mannheim, Pforzheim, Stuttgart und Sodenheim, mit zusammen 23 Delegierten. Außerdem sind vertreten der badische Parteivorstand, die sozialdemokr. Vereine Pforzheim, Brödingen und Durlach, das Gewerkschaftsamt Pforzheim und der Gauleiter von Darmstadt. Die Diskussion über das Vorprogrammreferat wird fortgesetzt.

Völkler-Heidelberg stellt seine nach seiner Auffassung falsch verstandenen Äußerungen über die Heidelberger Parteigenossen richtig.

Sichhorn-Mannheim bemängelt, daß die Redaktion der Jungen Garde die Pressemittteilung völlig ignoriert, wenn diese Verbesserungsvorschläge machen will.

Kupferlechner-Ehlingen beklagt sich über mangelhafte Zustellung der Jungen Garde.

Lieblich-Stuttgart: Die heutige Jugendorganisation kann nur als Notbehelf betrachtet werden, wenn man die Leitfäden der Partei und die Schulung und Aufklärung der Jugend viel mehr tut, als die Jugendorganisation viel höhere Ziele hat, als sie in einem Artikel der Jungen Garde vorschlägt. Die Abschaffung der Seimarbeit, der Achtstundentag und der Lehrlingschutz dürfen nicht unsere letzten Ziele sein. Engere Fühlung mit den von der Partei eingetragenen Bildungsausschüssen ist dringend zu empfehlen.

Kemle-Darmstadt erläutert zum nächsten Tagesordnungspunkt die Gauenorganisation in der Pfalz und Baden. Die heftige Organisation wählte keine Gauleiter, sondern Vororte, welche bestimmte Gauen zu bearbeiten haben. In der Pfalz lag die Gauenleitung in der Hand des Hauptvorstandes. Vorzugswürdig ist die heftige Einrichtung. Für Baden und Württemberg ist ein Gauvorort zu bestimmen. Diese hätten sich wegen Geldmangel an die Landesvorstände der Partei zu wenden. Der Vorort hat die Referenzen zu stellen, während die Ortsvereine die Versammlungen zu veranstalten haben.

Sichhorn-Mannheim ist für Einteilung in je zwei Gauen für beide Länder.

Lieblich-Stuttgart: Für Württemberg ist ein Gauvorort genügend. In Stuttgart helfen sich eine ganze Reihe tüchtiger Parteigenossen mit guten bildenden Vorträgen. Eine Reihe von Rednern spricht zur Gauenleitung. Fast alle befürworten dieselbe. Unentschieden herrscht nur über die Zahl der Gauen.

Schließlich wird beschlossen, für Baden zwei Gauen, für Württemberg einen Gau vorzuschlagen. Mannheim und Freiburg, sowie Stuttgart werden als Vororte bestimmt. In jedem Vorort sollen 5 Personen als Gauenleitung bestimmt werden.

Sichhorn-Mannheim referiert hierauf über Jugendführer. Die Gauenorganisation sieht leider zu wenig Bezug für die Lehrlinge vor. Der ganze Jugendführer beruht auf der moralischen Einwirkung auf die Arbeiter, sowie auch auf solche Arbeiter, welche sich nicht der Eigenschaft zur Erziehung eines Lehrlings eignen haben. In den Gewerkschaften ist Einfluß anzubringen, um dahin zu wirken, daß die Verbindung der Lehrlinge auch durch die Arbeiter eine andere wird. Am schmerzhaftesten sieht es noch bei den Kleinrentnern aus. Den Lehrlingen ist dringend anzuraten, mehr als früher ihre Klagen der Lehrlingschutzkommission zu unterbreiten.

Um Liebe!

Roman von Lisa Treff-Geschonka. (Nachdr. verb.)

(Fortsetzung.)
Erstgraden auffahrend starrte Alessandro sie entsetzt an.

„Sonja, tief er, „das kann dein Ernst nicht sein, hast du mich denn nicht mehr lieb? — Wenn du krank wärest, ich würde doch nie von deiner Seite weichen.“ — und ganz, ganz leise fügte er hinzu, „sie sind sich doch alle gleich.“

Aber Sonja hatte diese noch so leise gestrichelten Worte doch vernommen.

„Alessandro!“ schrie sie wild und verzweifelt auf, „beurteile mich nicht falsch, ich liebe dich über alles, — mein Leben wollte ich für dich lassen, — wenn ich nur bei dir bleiben dürfte, aber eine höhere Gewalt treibt mich fort, — ich darf es dir nicht sagen, — ich muß nach München, um meine Pflicht, die ich übernommen habe, zu erfüllen.“

Sie konnte vor Weh nicht weiter sprechen. Schwermütig, mit finster zusammengezogenen Augenbrauen hatte sie sich ihr zugekehrt.

Ein plötzlicher Gebanke schien ihn aufzuregen, denn er hob wie abwehrend die Hand, als ob er ihn beschützen wollte. Sinnend schaute er seine Braut an.

„Sonja, sprich er traurig, „du bist nicht glücklich?“

„Sonja, gute zusammen, und leise entgegnete sie: „Nein, Alessandro.“

„Dann bleib.“

„Ich kann nicht, Alessandro,“ kam es gequält aus ihrem Munde.

„Doch du mich niemals verlassen könntest, Sonja, das hätte ich nie geglaubt,“ sagte sie leise müde.

„Wohin es denn noch etwas, das über die Liebe geht?“

„Nein,“ antwortete sie, „ein gegebenes Wort.“

„Ja,“ antwortete sie, „ein gegebenes Wort.“

„Er blühte sie in stummer Qual an.“

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Die badischen Arbeitsnachweise.

Die Vorstände der bad. Arbeitsnachweise hielten in Mannheim im ihren Verbandstag ab. Anwesend waren als Vertreter der Regierung Polizeidirektor Korn und Oberregierungsrat Lange vom Statistischen Landesamt Karlsruhe. Der Verbandsvorsitzende Dr. Roth erstattete den Geschäftsbericht. In der Lehrlingsvermittlung haben man trotz der Vermittlung der Schule ungünstige Erfahrungen gemacht. Das wesentlichste Moment fehlte, nämlich die Mitwirkung der Eltern. Des weiteren waren die Vertreter des Verbandsvorstandes auf Erhalt einer Jahressparmäßigkeit bei den Eisenbahnen für in auswärtige Stellen reisende Arbeiter gerichtet. Nach langen Bemühungen sind den pfälzischen, badischen und württembergischen Eisenbahnen nunmehr auch die übrigen deutschen Bahnen gefolgt und gewähren eine Jahressparmäßigkeit durch Festsetzung des Jahrespreises auf 1,5 Pfennig pro Kilometer. Die Zahl der Arbeitsnachweise ist von 13 auf 15 gestiegen. Neu hinzugekommen sind Durlach und Weingarten. Es soll eine Erhöhung des Staatzuschusses erstrebt werden. Von dem Umfang der Tätigkeit des Verbandes legen folgende Zahlen Zeugnis ab: Arbeitskräfte wurden verlangt 1904: 80 641, 1905: 102 958, 1906: 169 809; eingestellt wurden 1904: 63 228, 1905: 70 930, 1906: 87 376 Personen. Es folgten Referate über die Fürsorge für wandernde Arbeitslose und die gewerkschaftliche Gewerbevermittlung und Stellenvermittlung. Wunschenswert seien Naturaleverpflegungsgesellschaften, die in einem organischen Zusammenhang mit den Arbeitsnachweisen ständen. Die Träger der Wandererfürsorge sollen die Kreise sein, denen der Staat Beihilfe leistet. Die Aufrechterhaltung der gewerkschaftlichen Stellenvermittlung erlitten immer lauter. Benachteiligt müßte deren Bestehen durch neue Gesetzesbestimmungen erschwert werden. Regierungsrat Rang gab noch Erklärungen zur Arbeitsnachweisstatistik, womit die Tagesordnung erschöpft war.

Im Schlußwort bemerkt Eichhorn, beim Abschluß von Lehrverträgen müsse seitens der Eltern mehr Vorsicht geübt werden. Die Frage des Lehrlingslohnes werde in der Hauptsache von dem Parlament zu lösen sein. Trotzdem sollten die Schutzkommissionen die geringen Rechte, welche ihr zustehen, nach Möglichkeit ausüben.

Die Frage der Beschäftigung des internationalen Jugendkongresses zeitigte eine lebhaft Debatte.

Kemle-Darmstadt bemängelt, daß die für Deutschland zugewandten drei Delegierten sämtliche aus Baden gewählt wurden. Andere Redner bemängeln, daß die Wahlordnung nicht klar sei, so daß ein bezweifeltes Zustand hat geschaffen werden können. Namentlich hatten die württembergischen Mitglieder dagegen protestiert, daß aus ihren Reihen kein Kandidat auf die Vorschlagsliste kam.

Von Wölzel-Pforzheim wird beantragt, die Wahl zu kassieren und eine Neubahl von vier Delegierten vorzunehmen. Dieser Antrag wird angenommen und der Hauptvorstand mit der Vornahme der Wahl sowie mit der Ausarbeitung eines Wahlreglements beauftragt. Vorgefragt wird, je einen Kandidaten aus Hamburg, Mannheim, Darmstadt und Stuttgart auf die Vorschlagsliste zu bringen.

Die Bestimmung des Orts der nächsten Konferenz ist überflüssig, weil dies nunmehr Sache der einzelnen Gauen ist.

Zum Schluß werden heftige Beschwerden gegen die bummelige Herausgabe der Jungen Garde laut. Eine entsprechende Resolution, welche die frühere Vererbung vom Hauptvorstand verlangt, wird als wertlos bezeichnet, weil der Redner meinte an der Expedition, noch an der Druckerei liegt, sondern an der Redaktion, welche allen berechtigten Vorstellungen der Jünglinge bisher ein völlig taubtes Ohr geliehen hat. Man möge die Resolution demnach an diese Adresse richten.

Nach einem Schlußwort des Vorstehenden wird die Konferenz um 6 Uhr geschlossen.

Die deutschen Arbeitersekretariate im Jahre 1906.

Einer Arbeit der Generalkommission von 24 Seiten mit 18 Tabellen entnehmen wir folgendes: Die Zahl der Arbeitersekretariate ist von 29 im Jahre 1901 auf 85 im Jahre 1906 gestiegen. Davon hat Bayern 8, Sachsen 6, Württemberg, beide Mecklenburg, Oldenburg, Braunschweig, Meckl., Hamburg, Elsaß-Lothringen je 1, Baden 4, Hessen 3, Bremen 2, die übrigen Staaten zusammen 6 und — das Königreich Preußen 49 Sekretariate. An der Statistik beteiligt sind 83 Sekretariate und 116 von Gewerkschaftsstellen unterhaltenen Auskunftsstellen, in Summa 199 Institute für Auskunftserteilung. Sie erteilen Auskünfte insgesamt 404 428 in 199 Orten und zwar 121 493 über Arbeitervermittlung, 64 379 über Arbeits- und Dienstvermittlung, 105 820 über bürgerliches Recht, 31 808 über Strafrecht, 43 725 über Gemeinde- und Staatsangelegenheiten, 10 991 über Arbeiterbewegung und 13 938 über sonstige Sachen. Von 1901 bis 1906 wurden 1 488 776 Personen Auskunft und Rechtshilfe erteilt und 397 115 Schriftstücke angefertigt.

Im Jahre 1906 wurden Auskunft und Rechtshilfe 365 182 Personen gewährt, davon waren 169 264 (46 Prozent) gewerkschaftlich organisiert. Unter den Auskünften für Arbeitervermittlung nehmen die 70 183 für 11 501 (13,2 Prozent) für Anknüpfung und 20 906 für Inhabilitätsvermittlung ein. Die Verletzung mit Unfallschaden schließt häufig an im Lande der Sozialreform. Vor allem zeigt sich die praktische Bedeutung der Sekretariate darin, daß von den Angehörigen, die vom Sekretariat vertreten und deren Kontakt bekannt wurden 69 Prozent im J. 1905 und 68 Prozent im J. 1906 mit Erfolg erzielten.

Die Schiedsgerichte Hamburg und Altona sind, da die Annahmen es ablehnen, über die von den Gewerkschaften gestellten Forderungen in den Organisationsverträgen zu verhandeln, in den Ausstand getreten.

Die deutsche Arbeitersekretariate im Jahre 1906.

Einer Arbeit der Generalkommission von 24 Seiten mit 18 Tabellen entnehmen wir folgendes: Die Zahl der Arbeitersekretariate ist von 29 im Jahre 1901 auf 85 im Jahre 1906 gestiegen. Davon hat Bayern 8, Sachsen 6, Württemberg, beide Mecklenburg, Oldenburg, Braunschweig, Meckl., Hamburg, Elsaß-Lothringen je 1, Baden 4, Hessen 3, Bremen 2, die übrigen Staaten zusammen 6 und — das Königreich Preußen 49 Sekretariate. An der Statistik beteiligt sind 83 Sekretariate und 116 von Gewerkschaftsstellen unterhaltenen Auskunftsstellen, in Summa 199 Institute für Auskunftserteilung. Sie erteilen Auskünfte insgesamt 404 428 in 199 Orten und zwar 121 493 über Arbeitervermittlung, 64 379 über Arbeits- und Dienstvermittlung, 105 820 über bürgerliches Recht, 31 808 über Strafrecht, 43 725 über Gemeinde- und Staatsangelegenheiten, 10 991 über Arbeiterbewegung und 13 938 über sonstige Sachen. Von 1901 bis 1906 wurden 1 488 776 Personen Auskunft und Rechtshilfe erteilt und 397 115 Schriftstücke angefertigt.

Im Jahre 1906 wurden Auskunft und Rechtshilfe 365 182 Personen gewährt, davon waren 169 264 (46 Prozent) gewerkschaftlich organisiert. Unter den Auskünften für Arbeitervermittlung nehmen die 70 183 für 11 501 (13,2 Prozent) für Anknüpfung und 20 906 für Inhabilitätsvermittlung ein. Die Verletzung mit Unfallschaden schließt häufig an im Lande der Sozialreform. Vor allem zeigt sich die praktische Bedeutung der Sekretariate darin, daß von den Angehörigen, die vom Sekretariat vertreten und deren Kontakt bekannt wurden 69 Prozent im J. 1905 und 68 Prozent im J. 1906 mit Erfolg erzielten.

Die Schiedsgerichte Hamburg und Altona sind, da die Annahmen es ablehnen, über die von den Gewerkschaften gestellten Forderungen in den Organisationsverträgen zu verhandeln, in den Ausstand getreten.

Die deutsche Arbeitersekretariate im Jahre 1906.

Einer Arbeit der Generalkommission von 24 Seiten mit 18 Tabellen entnehmen wir folgendes: Die Zahl der Arbeitersekretariate ist von 29 im Jahre 1901 auf 85 im Jahre 1906 gestiegen. Davon hat Bayern 8, Sachsen 6, Württemberg, beide Mecklenburg, Oldenburg, Braunschweig, Meckl., Hamburg, Elsaß-Lothringen je 1, Baden 4, Hessen 3, Bremen 2, die übrigen Staaten zusammen 6 und — das Königreich Preußen 49 Sekretariate. An der Statistik beteiligt sind 83 Sekretariate und 116 von Gewerkschaftsstellen unterhaltenen Auskunftsstellen, in Summa 199 Institute für Auskunftserteilung. Sie erteilen Auskünfte insgesamt 404 428 in 199 Orten und zwar 121 493 über Arbeitervermittlung, 64 379 über Arbeits- und Dienstvermittlung, 105 820 über bürgerliches Recht, 31 808 über Strafrecht, 43 725 über Gemeinde- und Staatsangelegenheiten, 10 991 über Arbeiterbewegung und 13 938 über sonstige Sachen. Von 1901 bis 1906 wurden 1 488 776 Personen Auskunft und Rechtshilfe erteilt und 397 115 Schriftstücke angefertigt.

Im Jahre 1906 wurden Auskunft und Rechtshilfe 365 182 Personen gewährt, davon waren 169 264 (46 Prozent) gewerkschaftlich organisiert. Unter den Auskünften für Arbeitervermittlung nehmen die 70 183 für 11 501 (13,2 Prozent) für Anknüpfung und 20 906 für Inhabilitätsvermittlung ein. Die Verletzung mit Unfallschaden schließt häufig an im Lande der Sozialreform. Vor allem zeigt sich die praktische Bedeutung der Sekretariate darin, daß von den Angehörigen, die vom Sekretariat vertreten und deren Kontakt bekannt wurden 69 Prozent im J. 1905 und 68 Prozent im J. 1906 mit Erfolg erzielten.

Die Schiedsgerichte Hamburg und Altona sind, da die Annahmen es ablehnen, über die von den Gewerkschaften gestellten Forderungen in den Organisationsverträgen zu verhandeln, in den Ausstand getreten.

Die deutsche Arbeitersekretariate im Jahre 1906.

Einer Arbeit der Generalkommission von 24 Seiten mit 18 Tabellen entnehmen wir folgendes: Die Zahl der Arbeitersekretariate ist von 29 im Jahre 1901 auf 85 im Jahre 1906 gestiegen. Davon hat Bayern 8, Sachsen 6, Württemberg, beide Mecklenburg, Oldenburg, Braunschweig, Meckl., Hamburg, Elsaß-Lothringen je 1, Baden 4, Hessen 3, Bremen 2, die übrigen Staaten zusammen 6 und — das Königreich Preußen 49 Sekretariate. An der Statistik beteiligt sind 83 Sekretariate und 116 von Gewerkschaftsstellen unterhaltenen Auskunftsstellen, in Summa 199 Institute für Auskunftserteilung. Sie erteilen Auskünfte insgesamt 404 428 in 199 Orten und zwar 121 493 über Arbeitervermittlung, 64 379 über Arbeits- und Dienstvermittlung, 105 820 über bürgerliches Recht, 31 808 über Strafrecht, 43 725 über Gemeinde- und Staatsangelegenheiten, 10 991 über Arbeiterbewegung und 13 938 über sonstige Sachen. Von 1901 bis 1906 wurden 1 488 776 Personen Auskunft und Rechtshilfe erteilt und 397 115 Schriftstücke angefertigt.

Im Jahre 1906 wurden Auskunft und Rechtshilfe 365 182 Personen gewährt, davon waren 169 264 (46 Prozent) gewerkschaftlich organisiert. Unter den Auskünften für Arbeitervermittlung nehmen die 70 183 für 11 501 (13,2 Prozent) für Anknüpfung und 20 906 für Inhabilitätsvermittlung ein. Die Verletzung mit Unfallschaden schließt häufig an im Lande der Sozialreform. Vor allem zeigt sich die praktische Bedeutung der Sekretariate darin, daß von den Angehörigen, die vom Sekretariat vertreten und deren Kontakt bekannt wurden 69 Prozent im J. 1905 und 68 Prozent im J. 1906 mit Erfolg erzielten.

Die Schiedsgerichte Hamburg und Altona sind, da die Annahmen es ablehnen, über die von den Gewerkschaften gestellten Forderungen in den Organisationsverträgen zu verhandeln, in den Ausstand getreten.

Die deutsche Arbeitersekretariate im Jahre 1906.

Einer Arbeit der Generalkommission von 24 Seiten mit 18 Tabellen entnehmen wir folgendes: Die Zahl der Arbeitersekretariate ist von 29 im Jahre 1901 auf 85 im Jahre 1906 gestiegen. Davon hat Bayern 8, Sachsen 6, Württemberg, beide Mecklenburg, Oldenburg, Braunschweig, Meckl., Hamburg, Elsaß-Lothringen je 1, Baden 4, Hessen 3, Bremen 2, die übrigen Staaten zusammen 6 und — das Königreich Preußen 49 Sekretariate. An der Statistik beteiligt sind 83 Sekretariate und 116 von Gewerkschaftsstellen unterhaltenen Auskunftsstellen, in Summa 199 Institute für Auskunftserteilung. Sie erteilen Auskünfte insgesamt 404 428 in 199 Orten und zwar 121 493 über Arbeitervermittlung, 64 379 über Arbeits- und Dienstvermittlung, 105 820 über bürgerliches Recht, 31 808 über Strafrecht, 43 725 über Gemeinde- und Staatsangelegenheiten, 10 991 über Arbeiterbewegung und 13 938 über sonstige Sachen. Von 1901 bis 1906 wurden 1 488 776 Personen Auskunft und Rechtshilfe erteilt und 397 115 Schriftstücke angefertigt.

Im Jahre 1906 wurden Auskunft und Rechtshilfe 365 182 Personen gewährt, davon waren 169 264 (46 Prozent) gewerkschaftlich organisiert. Unter den Auskünften für Arbeitervermittlung nehmen die 70 183 für 11 501 (13,2 Prozent) für Anknüpfung und 20 906 für Inhabilitätsvermittlung ein. Die Verletzung mit Unfallschaden schließt häufig an im Lande der Sozialreform. Vor allem zeigt sich die praktische Bedeutung der Sekretariate darin, daß von den Angehörigen, die vom Sekretariat vertreten und deren Kontakt bekannt wurden 69 Prozent im J. 1905 und 68 Prozent im J. 1906 mit Erfolg erzielten.

Die Schiedsgerichte Hamburg und Altona sind, da die Annahmen es ablehnen, über die von den Gewerkschaften gestellten Forderungen in den Organisationsverträgen zu verhandeln, in den Ausstand getreten.

Die deutsche Arbeitersekretariate im Jahre 1906.

Einer Arbeit der Generalkommission von 24 Seiten mit 18 Tabellen entnehmen wir folgendes: Die Zahl der Arbeitersekretariate ist von 29 im Jahre 1901 auf 85 im Jahre 1906 gestiegen. Davon hat Bayern 8, Sachsen 6, Württemberg, beide Mecklenburg, Oldenburg, Braunschweig, Meckl., Hamburg, Elsaß-Lothringen je 1, Baden 4, Hessen 3, Bremen 2, die übrigen Staaten zusammen 6 und — das Königreich Preußen 49 Sekretariate. An der Statistik beteiligt sind 83 Sekretariate und 116 von Gewerkschaftsstellen unterhaltenen Auskunftsstellen, in Summa 199 Institute für Auskunftserteilung. Sie erteilen Auskünfte insgesamt 404 428 in 199 Orten und zwar 121 493 über Arbeitervermittlung, 64 379 über Arbeits- und Dienstvermittlung, 105 820 über bürgerliches Recht, 31 808 über Strafrecht, 43 725 über Gemeinde- und Staatsangelegenheiten, 10 991 über Arbeiterbewegung und 13 938 über sonstige Sachen. Von 1901 bis 1906 wurden 1 488 776 Personen Auskunft und Rechtshilfe erteilt und 397 115 Schriftstücke angefertigt.

Badische Chronik.

Pforzheim.

Der Streik in der Drauerlei Pfl. In einer stark besuchten öffentlichen Volksversammlung im Schwarzen Adler, die vom Kartellvorsitzenden geleitet war, sprach am Montag der Geschäftsführer Rauf vom Drauerverband über die Ursachen des Streiks in der Drauerlei Pfl. Der im Jahre 1904 mit der hiesigen Drauerlei abgehandelte Arbeitsvertrag ließ eine Verbesserung der Verhältnisse, indem Verbesserungen des Tarifs durchgeführt wurden. Die getroffenen Abmachungen wurden jedoch von der Drauerlei Pfl. nicht durchgehalten. Verschiedene Maßnahmen von Arbeitern wurden vorgenommen und die Arbeiter versuchten vergebens, die Differenzen auf friedlichem Wege aus der Welt zu schaffen.

Die angeknüpften Verhandlungen wurden hauptsächlich durch das Verhalten des Zugabers der Drauerlei außerordentlich erschwert. Herr Pfl., der sich im gesellschaftlichen Leben auf seine Eigenschaft als Meister verließ, nicht wenig zugute tut, legte im Umgang mit seinen Untergebenen, deren Arbeitskraft er sich ein Vermögen zu schaffen verstand, diejenigen Umgangsformen an, welche dem gestellten Menschen als unerträglich erwiderten. Pfl., Scherenscheiter, Wäppler sind keine Arbeiter, sobald sie Wiene machen, sich nicht mehr willig andeuten zu lassen. Was dem Rauf den Boden ausschlug, war die plötzliche Entlassung des Vertrauensmannes der Drauerarbeiter am Samstag früh. Diese Maßregelung empörte die Kollegen derart, daß sie Sonntag Mittag einmütig die Arbeit niederlegten. Kein rechtlich denkender Mensch kann es den Arbeitern verzeihen, wenn ihnen angeht, daß die Drauerlei Pfl. die Arbeit nicht hier den Sieg errichten. An der sonntäglichen Arbeiterschaft liegt es nun, durch ihr Verhalten die Drauerlei zur Einsicht zu bewegen. (Starker Beifall.)

In der Diskussion wurde von verschiedenen Seiten den Ausführenden die volle Sympathie der hiesigen Arbeitererschaft ausgesprochen und zum Vorbehalt des Pfl. Biers aufgefordert. Die Schlichtung von Vorkommnissen der Drauerlei durch eine Disziplinarkommission erregte die Entrüstung der zahlreich erschienenen, nachstehende Resolution fand stürmische Zustimmung:

Die heute im Schwarzen Adler tagende Versammlung nimmt Kenntnis von dem Zustand der Drauerlei Pfl. und bedauert die von der Drauerlei Pfl. und Pfl. gegen die Arbeitererschaft ausgeübte Gewalt. Sie erwartet, daß durch sofort anzuordnende Verhandlungen die Einigung nicht erzielt werden, so machen es sich die Anwesenden zur Pflicht, den Drauerarbeitern mit entsprechenden Mitteln beizuhelfen.

Freiburg.

Bürgerausschussung vom 8. Juli. Als erster Punkt stand auf der Tagesordnung: Aufnahme einer Anleihe von 15 Millionen Mark; die 10 Millionen-Anleihe vom Jahr 1903 ist aufgebraucht. Es sind auch schon weitere Projekte vom Bürgerausschuss genehmigt, die von der neuen Anleihe bereits über zehn Millionen aufzählen. Es handelt sich also nur darum, über die Art, wie das Geld zu beschaffen ist, zu beschließen. Oberbürgermeister Dr. Winterer begründet die Vorlage und verteidigt dabei die Anleihenpolitik der Stadt. Es sei nicht möglich, die notwendigen Aufgaben zu erfüllen aus den laufenden Einnahmen. Wer die Anleihenpolitik verwerfe, oder Anleihen nur für sogenannte werbende Anlagen zulasse, der verweigere damit die Mittel gerade zu den höchsten Aufgaben in Staat und Gemeinde.

Stadtverordnetenvorstand mit den Anleihenbestimmungen einverstanden sei. Es sei nicht möglich, einen billigeren Zins.

er sie heftig, fast rauh an sich gerissen und bedeckte ihr Gesicht, ihre Haare mit glühenden Rufen.

Dann ließ er sie sanft auf den Tisch niedergleiten und sprang, sonderbar wie er gekommen, aus dem fahrenden Wagen wieder heraus.

Wetäub, unfähig, auch nur ein Glied zu rühren, sah Sonja regungslos da.

Sie konnte das Geschehene gar nicht fassen. Kurz darauf hielt die Droschke vor der Pension König, aber niemand entstieg derselben.

Dadurch aufmerksam gemacht, öffnete der Kutscher den Schlag und fuhr erschreckt zurück, so bleich und starr sah das junge Mädchen da.

Er hatte sie schon zweimal aufgefordert, auszuspringen, sie schien ihn nicht zu hören; — hatte er denn eine Leiche gefahren? —

Aufgeregt zog er die am Hofe befindliche Klingel und teilte das Vorgefallene mit.

Befragt kam Herr Mojanowski auch schon, nichts gutes ahnend, die Treppe herunter geeilt.

Als Sonja ihren Vater erblaute, kam sie zu sich. Schmerzlich schrie sie auf: „Vater!“

Nach allen den Aufregungen, die sie erlitten hatte, wollte sich doch keine wohlthätige Ohnmacht auf die Bauernswerte herniederlassen.

Mehr tragend als gehend brachte ihr Vater sie auf das Zimmer, wo sie sich sogleich zu Bett legte, zu ihrem Vater nur noch zitternd die Worte sprechend:

„Nicolai Sumbiloff liebt mich, er hat mich geküßt.“

Bestürzt schaute ihr Vater sie an: „Kind, jetzt mußt du sprechen. Wie soll es denn sonst enden.“

Sonja hörte nicht mehr, das Bewußtsein war ihr geschwunden. Sie fiel in wilde Fieberphantasien, welche die ganze Nacht hindurch anhielten.

Ersttötend wachte der alte Mann am Bette seines Liebblings!

Am anderen Morgen sah Dr. Kötter am Bette Sonjas, welche bleich und abgemagert mit geschlossenen Augen dalag.

(Fortsetzung folgt.)

für zu erlangen. In dem Verwendungsplan sind Summen vorgesehen für verschiedene Voranschlagsüberschreitungen und sei der Vorstand der Meinung, daß man diese Summen bewilligen müsse. In Zukunft müsse aber darauf gesehen werden, daß solche Überschreitungen in der Höhe nicht mehr vorkommen. Dann wendet er sich gegen den detaillierten Verwendungsplan. Es sei eine Einschränkung des Bewilligungsrechts des Bürgerausschusses, wenn man heute schon Summen für unferne Projekte festlege. Der Stadtverordneten-Vorstand beantragt Annahme der Anleihe unter Ablehnung des detaillierten Verwendungsplanes.

Oberbürgermeister Dr. Winterer verteidigt die Voranschlagsüberschreitungen, die bei dem fortgeschrittenen Steigen der Materialpreise nicht zu verhüten seien. Einen Verwendungsplan müsse man aufstellen. Mit warmen Worten trat er für das Volksbadprojekt ein. Auch die Renovation des Kaufhauses liege sich nicht mehr hinausziehen, ebensowenig die Regulierung des Schloßbergs. Wenn wir unsere Nachkommen Schulden hinterlassen, so erhalten Sie dafür auch Werte.

Stadtv. Bauer (Zentr.) billigt die Anleihepolitik, meint aber die Schulhausbauten, von denen immer welche im Gange seien, sollten von laufenden Mitteln bestritten werden. In Bezug auf die Volksbadfrage ist er der Meinung, daß ein luxuriöses Bad nicht notwendig sei. Notwendiger wären verschiedene kleine Bäder in den einzelnen Stadtteilen für die arbeitende Bevölkerung.

Stadtv. Kräuter betont, daß die zweiseitige sozialdemokratische Fraktion für die Vorlage sei, weil es sich in der Hauptsache um Geld für bewilligte Projekte handelt. Es sei aber unerlässlich, daß ein Teil der Stadtverordneten gegen ein Volksbad sei; er hoffe, daß das Volksbad die nötige größere Vorlage sei. Die formalen Bedenken wegen des Verwendungsplanes hege er nicht. Der Bürgerausschuss habe es später in der Hand, jedes Projekt anzunehmen oder abzulehnen. Daß der Kurs der Freiburger Stadtblanquation ein niedriger sei, sei auf den niedrigen Zinsfuß zurückzuführen. Er sei nicht dafür, daß in der Lösung städtischer Aufgaben aus Sparmaßregeln geizig gehandelt werde.

Verschiedene Redner gehen noch auf die Volksbadfrage ein und man merkt, daß hierüber die Meinungen sehr weit auseinander gehen. Bei der Abstimmung werden die Anträge des Stadtverordneten-Vorstandes mit 66 gegen 22 Stimmen angenommen. Dadurch wird aus dem Verwendungsplan das Volksbadprojekt gestrichen.

(Fortsetzung folgt.)

W. Baden, 7. Juli. Der Kriminalbeamte. Die Fälle der unbefugten Ausübung eines öffentlichen Amtes sind nichts Seltenes in unserer Strafgerichtsbarkeit. Es gibt dafür eine Reihe von Beispielen, deren schärfstes die zu einer beinahe historischen Bedeutung gelangte Kuppenstraße geworden ist. Solche Beispiele scheinen dem in Straßburg wohnhaften Wirt Ignaz K u b r a u d aus Niedhausen zum Vorbild gegeben zu haben, als er im Juni v. J. nach Baden fuhr, um in Lichtenthal in der Rolle eines „Kriminalbeamten“ von einer Frau Köch das Recht auf einen Wechsel über 250 Mk. zu erhalten. Diese Frau hatte feinerzeit einem gewissen Thoma 200 Mk. geliehen, die sie nicht wieder zurückbekommen konnte, obwohl sie den Schuldner wiederholt dringend mahnte. Dieser ist ihr schließlich vor, einen Wechsel über 250 Mk. zu machen, den sie unterschreiben sollte, um ihn dann bei einer Badener Bank diskontieren zu können. Von dem auf diese Weise erlangten Gelde sollte Frau Köch ihre 200 Mk. erhalten. Diese ging auf den Verschlag ein, nachdem Thoma ihr versprochen hatte, daß er für eine prompte Einlösung des Wechsels Sorge tragen werde.

In Baden brachte er aber den Wechsel nicht an. Er fuhr deshalb nach Straßburg zu dem ihm bekannten Wirt Neubrand, der ihm den Wechsel abnahm und etwa 200 Mk. dafür gab. Dann reiste Thoma nach Frankreich, ohne sich um seine Verpflichtungen gegen Frau Köch irgendwie zu kümmern. Neubrand bekam nachträglich Bedenken gegen die Unterschrift der Frau Köch zu verschaffen, begab er sich am 17. Juni 1908 nach Lichtenthal, suchte dort die Frau in ihrer Wohnung auf und nötigte sie nach der erbobenen Anzeige, nachdem er sich ihr zuvor als Kriminalbeamter vorgestellt und ihr mit Verhaftung gedroht hatte, ihren Namen nochmals unter den Wechsel zu setzen und das Datum in die Wechselstempelmarke einzutragen.

Bei der später von Neubrand gegen die Frau Köch angestrengten Wechsellage kam dessen „Kriminalbeamten-Debit“ zur Kenntnis des Gerichts, was eine Anklage gegen Neubrand wegen Erpressung und Ausnutzung zur Folge hatte. Er wurde in voriger Woche nur wegen des letzteren Vergehens bestraft, da die Frau Köch erklärte, daß sie nicht durch die Weisungen des Angeklagten bestimmt worden sei, ihre Unterschrift herzugeben, sie hätte dies freiwillig getan. Das Urteil lautete auf 2 Monate Gefängnis.

Bruchsal, 7. Juli. Mitgefühl für Gefangenene. Wir möchten hiermit die Direktoren der Strafanstalten, die Polizeibehörde und Bahnverwaltung auf einen schon seit Jahren bestehenden Mißstand aufmerksam machen, der nach unserer Meinung abgestellt werden müßte. Es ist gewiß schon manchem aufgefallen, daß sich nachmittags um halb 2 Uhr außergewöhnlich viele Personen am Bahnhof und auf dem Bahnhofsplatz herumtreiben, die nicht zum reisenden Publikum gehören, also eigentlich nichts da zu schaffen haben. Die Veranlassung zu diesen Ansammlungen ist der regelmäßige in diese Zeit stattfindende Gefangenentransport von den Zügen nach dem Gefangenenwagen. Sobald der grüne Wagen vor dem Bahnhof steht, rennt alles, was sich in der Nähe befindet, nach dem Bahnsteig, um sich fogalagen durch den Anblick der Gefangenen ein Amüsement zu machen. Für den größten Teil der Gefangenen ist es entschieden eine unnötige Tortur, wenn sie durch ein langes Spalier von gaffenden Mäulern laufen müssen; den meisten kann man die Verzweiflung und Scham vom Gesicht ablesen. Oft bleibt es nicht einmal bei verlebenden Widen und man hört auch besonders gegenüber weiblichen Gefangenen oft beleidigende und schandberühmte Bemerkungen. Die Gefangenen sind in den meisten Fällen die bedauernswerten Opfer unserer Gesellschaftsordnung und man sollte soviel Mitgefühl mindestens für sie übrig haben, daß man ihr Unglück nicht auch noch zum Gegenstand einer öffentlichen Schaustellung macht.

Unseres Erachtens könnte der Gefangenenwagen ganz gut oben bei der Post vorfahren und man könnte die Gefangenen an jenem Teil des Bahnhofs in den Wagen verbringen, sodas sie eher den Blicken der gefürchteten Menge entzogen wären. Von allerwenigsten sollte aber die Polizei diejenigen, die sich direkt in die Nähe des Wagens hinstellen, einfach wegschicken.

Von der Mannheimer Ausstellung.

Isadora Duncan veranstaltet am Freitag den 12. Juli mit ihren Kindern in der Ausstellung eine Tanzaufführung. Es ist geplant, auf dem großen Balkon, in dessen Mitte sich die Leuchtschirme erheben, eine Insel zu bauen und die Tänzerinnen in einer Luftkugel dorthin überzuführen. Der von Haus aus dunkle Schauplatz des

Langes wird nun nicht etwa durch Lampen erhellt, sondern es ist geplant, lediglich den Scheinwerfer zur Beleuchtung zu benutzen. Wenn dieser kein gelberlichtes Licht über das Tanzpodium ausstrahlt, dann wird Isadora und ihrer kleinen Schülerinnen Tanzkunst ganz besonders zur Geltung kommen. Es ist übrigens das erste Mal, daß Isadora Duncan gemeinsam mit ihren Schülerinnen unter freiem Himmel tanzt.

Kommunalpolitik.

A. Saslach, 8. Juli. In Ergänzung des Artikels in der Nr. 142 des Volksfreund ist noch zu bemerken, daß die Abhaltung eines Wochensalles auch vor allem eine geregelte Marktordnung notwendig macht, damit endlich die manderlei Mißstände, unter welchen das konsumierende Publikum zu leiden hat, beseitigt werden. Heute ist man der Willkür der Händler preisgegeben. Auch erscheint uns die Einführung der Milchkontrolle ein dringendes Erfordernis. Daß heute die Milch sehr oft „getaut“ wird, ist eine unbestrittene Tatsache. Es wäre Sache der Schwergewaltigen Volksstimme, auf diese Mißstände hinzuwirken und auf Abstellung derselben zu drängen. Aber offenbar fürchtet man sich davor.

Genossenschafts-Bewegung.

Ein süddeutscher Milchproduzentenverband. In Mannheim soll ein süddeutscher Milchproduzentenverband gegründet werden. Er soll die Milchproduzenten von Baden, Hessen, Pfalz, Rheingau, Rheintal und Unterfranken zusammenschließen, damit sie die gleichen Interessen, die Milchpreiserhöhung, einheitlich geltend machen können. Das wird natürlich nur auf die Erhöhung der Milchpreise hinauslaufen.

Säckingen, 8. Juli. Hier hat sich eine Genossenschaft m. b. H. gebildet zur Erbauung und Vermietung von Wohnungen.

Verfassungsverichte.

Partei.

Durlach, 8. Juli. In der Mitgliederversammlung des Soz. Vereins am letzten Samstag wurde zunächst ein Tätigkeitsbericht unserer Bürgerauschussfraktion entgegengenommen. Bezüglich des bisherigen Tätigkeitsberichts unserer Fraktion hat der Ratshaus herfür eine sehr wertvolle Auffassung. Bezüglich des Arbeiter- und Beamtenstatus, das jetzt schon 4 oder 5 Jahre „schwebt“, könne man der Ansicht zuneigen, daß in dieser Frage mit dem Bürgerauschuss Schindler getrieben werde. Eine gründliche Reform des Gemeindevorstandes würde als dringend notwendig bezeichnet. Die Fraktion wird sich reichlich überlegen, ob nicht eine Veränderung der bisherigen Stellung auf dem Rathaus angebracht ist. Die Diskussion bewegt sich in demselben Gehirngang. Hinsichtlich der Befähigung des internationalen Kongresses durch den Wahlkreis sprach sich die Versammlung im aufmerksamen Sinne aus. Die Gründung eines Bildungsausschusses, die in der letzten Mitgliederversammlung angedeutet war, hat bei den in Betracht kommenden Arbeiterorganisationen sehr warme Aufnahmen gefunden. Die Revision, aus denen sich derselbe zusammensetzen soll, sind bereits bestimmt und werden demnächst ihre Tätigkeit aufnehmen.

In der nächsten Mitgliederversammlung wird voraussichtlich Genosse Kolb einen Vortrag halten über Liberalismus und Sozialdemokratie. Der Besuch der Versammlung betrieblige nicht ganz.

Aus dem Reiche.

Je höher der Stand, desto niedriger die Strafe. Weimar, 7. Juli. Nach dreitägiger Verhandlung vor der Strafkammer wurde, wie schon mitgeteilt, das Urteil gegen den Rittergutsbesitzer Johann aus Holzdorf

bei Weimar wegen fahrlässiger Tötung eines Menschen gefällt. Das Urteil lautete auf drei Monate Gefängnis. Bei der Verkündung des Urteils betonte der Präsident, daß schon drei Monate Gefängnis eine sehr schwere Strafe für einen Mann aus dem Stande des Angeklagten bedeuten. Mit diesem Hinweis scheint sich das Gericht auf den Standpunkt zu stellen, daß das Strafmaß mit Rücksicht auf den Stand erkannt werden muß, dem ein Angeklagter angehört: je höher der „Stand“, desto niedriger die Strafe — eine sehr beachtenswerte Auffassung! Dieser betonte der Vorsitzende noch, daß man es dem Angeklagten nicht anrechnen könne, daß er anfänglich kein Automobil nicht verlassen habe. Da man anfänglich der Ansicht gewesen sei, daß es sich um einen Arbeiter handle, der getötet worden sei, habe der Angeklagte mit „Ausdrücken des Majestätsbeleidigung“ zu rechnen gehabt.

Die Motivierung des Urteils ist recht eigenartig. Danach ist eine Strafe um so niedriger zu bemessen, je „höher“ der Stand des Delinquenten ist; eine eigenartige Festlegung der „hohen Stände“. Ferner dokumentiert der entscheidende Hinweis auf die Furcht vor „Ausdrücken des Majestätsbeleidigung“ wider Willen recht stark das hohe Bewußtsein der „höheren Stände“ über das Unrecht, das von der herrschenden Klasse der arbeitenden Klasse zugefügt wird.

Briefkasten des Arbeiterssekretariats.

Nach Neuhäusen. Sie befinden sich in einem Item bezüglich der Familien der Friedensbewegung einberufenen Mannschaften nach § 2 des Gesetzes vom 10. Mai 1892 steht der Ehefrau eine Unterführung in Höhe von 80, dem Kind eine solche von 10 Prozent der ortsüblichen Tagelöhne zu. Sie verheißt sich den ortsüblichen Tagelöhnen mit dem wirtlichen Tagelöhnerdienst und daher kommt es, daß Sie einen rechtlichen höheren Unterführungsbeitrag herausfordern, als er in Wirklichkeit zu beantragen ist. Es ist zu beachten, daß die Unterführung der Unterführung wird nicht der wirtlichen Tagelöhne, sondern der „ortsüblichen“ Tagelöhne zugrunde gelegt und dieser ortsübliche Tagelohn wird für die einzelnen Bezirksämter durch die Bezirksämter festgelegt. In den Bezirksämtern sitzen ausschließlich national-liberale, gemäßigtere usw. Herren. Sozialdemokraten hat man von dort fern, und diese „Bürger“ haben bei der legitimen Festlegung der ortsüblichen Tagelöhne das möglichste getan, ihr „warmes Herz“ für die Gerechtigkeit dadurch zu bezeugen, daß sie die ortsüblichen Tagelöhne nach Möglichkeit niedrig ansetzten, während die Sozialdemokraten eine „betamte Unfähigkeit“ zu positiven Leistungen darin bezeugten, daß sie überall Anträge auf erhebliche Erhöhungen der ortsüblichen Tagelöhne gestellt hatten. Allein, wenn die Herren von den bürgerlichen Parteien sich auch nur einbilden, daß sie in ihren Gebietsämtern greifen müssen, sind die Sozialdemokraten „unfähig zu positiven Leistungen“. Wenn die national-liberalen und gemäßigteren Bezirksämter nur halb so arbeitseraubig wären, wie sie manchmal tun, hätten sie bei der legitimen Festlegung der ortsüblichen Tagelöhne in einem mäßigen Festlegen der ortsüblichen Tagelöhne den Befähigungsnachweis zu positiven Leistungen auf sozialpolitischem Gebiet erbringen können, aber Worte und Taten der Herren bürgerlichen Parteien stimmen eben sehr häufig miteinander nicht überein.

S. J. hier. Wenn nachgewiesen wird, daß der Junge die Scheibe eingeworfen hat, müssen Sie dafür aufkommen. Verlangen Sie den Nachweis.

Ed., Herrsch. Wenn der Mieter während der Dauer der Abdingungszeit sich weigert, die Wohnung von Mietslöhnen befreit zu lassen, so hat er für den Schaden aufzukommen, der dem Hauseigentümer durch Mietsmieten der Wohnung infolge der weigernden Befreiung entsteht. Die Antiklimmung, daß der Hauseigentümer Schadensersatz begehrt, dürfte den Mieter zu einem Resultat bringen.

Fritz Albrecht

Atelier für moderne Fotografie
10 Yorkstrasse KARLSRUHE Yorkstrasse 10
Haltestelle der elektrischen Bahn Mühlburgertor—Mühlburg.
Telefon 2443. Telefon 2443.

Jubiläums-Ausstellung Mannheim 1907.

Freitag, 12. Juli, 9 Uhr abends
Ein Attisches fest
Tänze mit Musik und Chören, ausgeführt von
Isadora Duncan
und den Kindern ihrer Tanzschule.
Billets 5—1 Mk. bei K. Ferd. Heckel-Mannheim.

Villingen

Jubiläums-, Gewerbe- und Industrie-Ausstellung
des badischen u. württ. Schwarzwaldes
14. Juli 1907 9. September 2478

Sanften, langanhaltenden Schnitt

hat meine Spezialmarke „Dummel-Kassermesser“. In allen Breiten vorrätig. Alle Kassermesser werden bei mir sorgfältig sachgemäß geschliffen mit voller Garantie für guten Schnitt. Versand nach auswärts.
Karl Hummel, Karlsruhe, Berderplatz 41.

Das Zahn-Atelier Rubin

befindet sich 2806
jetzt Kaiserstrasse 175
im Hause der Firma Hirt & Siek.

Bruchsal.

Geschäftsverlegung und Empfehlung.

Der verehr. Arbeiterschaft Bruchsal zur Nachricht, daß ich mein Geschäft von Guttenstraße 7 nach
Kaiserstraße 97
verlegt habe und bitte mir das seither geschenkte Vertrauen auch fernerhin bewahren zu wollen.
Hochachtung
Joh. Mühleisen, Schneider.

Raucht Eckstein-Zigaretten!

Nr. 5

Diese rühmlichst bekannte Zigarettenmarke wird auch nach Einführung der Zigarettensteuer in derselben vorzüglichen Qualität u. Handarbeit hergestellt.
Preis: 10 Stück 25 Pfg.

Der enorme Konsum befähigt die Fabrik, die Zigarettenhandlungen stets mit frischer Ware zu versorgen.
Man verlange ausdrücklich:
Eckstein's Nr. 5
und prüfe genau, daß jede Zigarette die volle Firma „A. M. Eckstein & Söhne“ nebst Schutzmarke trägt.
(Arbeiterzahl über 800.)

Vertreter: Wilhelm Lutz, Karlsruhe, Hirschstr. 90.

Erfinder!

10000 Mk. und mehr, und hoher Gewinnanteil werden für gute Erfindungen oder Ideen ausbezahlt. Alle Verbesserungen, Prüfungen und Nachschläge kostenlos gegen 20 Pfg. Postmarken.
Bayers Patent-Ingenieur-Bureau Karlsruhe, Gte Dübisch- und Kriegerstraße. Telefon 2440.

Nur echte Henkel's Bleich-Soda

Garantirt chlorfrei
gibt u. hält blendend weisse Wäsche

Einen grossen Posten neue Vorhänge & Stores

Brises-Bises

einfache und doppelte Bettdecken
wunderschöne Dessins
habe im Auftrag sehr billig zu verkaufen

Heinrich Karrer, Spedition, Karlsruhe-Mühlburg, Philippstrasse 19. Telefon 1659.

Zahn-Atelier Karl Trost

von 2887
befindet sich jetzt
Kreuzstrasse 26, eine Treppe hoch
in nächster Nähe des Bahnhofes.

Wilh. Eckert,

Uhrmacher, Marienstr. 20,
neb. dem Apollo-Theater
empfehlen sein Lager in Taschen- u. Wanduhren. Billige Reparatur-Werkstätte, Trauringe, 8 u. 14 Kar. gestempelt, das Paar v. 412—27. Willen u. Swider.

Matratzen

rot oder rot-schwarz Drell m. Esogas Nr. 8.50, Walle Nr. 15—, Koppel Nr. 80, Mohrhaar Nr. 80, Bettstoffe Nr. 15, empfiehlt in vorzüglicher Verarbeitung
Fr. Steidinger, Festungstr. 31.
Bitte genaue Größe anzugeben.
NB. Alle Postarbeiten, neue u. Reparaturen, werden auch u. billig ausgeführt. 2848

Bitte zu lesen!

Bringe meine echt indigoblauen **Arbeits-Anzüge** in empfehlende Erinnerung. Der Anzug für nur 4 Mk. 2842
Erl. Gutmann, Bähringerstr. 23

Fahrrad-Reparaturen

aller Art. 1967 80
Großes Lager in neuen und gebräuchlichen Fahrrädern. Reparaturen werthlos mit elektr. Kraftbetrieb.

J. Stroh, Mechaniker,

Leopoldstraße 4b.

Möbel

aller Art kauft man am besten und billigsten bei

Jos. Klrmann, Hebelstr.

280. helle Schlafzimmern nur 280 Mark an.

Das internationale...
Der inter...
Nr. 158
Das internationale...
Der inter...
Nr. 158
Das internationale...
Der inter...
Nr. 158